

Diskussionsbeitrag zum Fachgespräch  
„Rechtliche Schnittstellenprobleme bei der Regulierung gefährlicher Stoffe“  
am 7. September 2009, Dessau

Das auf dem Fachgespräch vorgestellte Diskussionspapier und die verschiedenen Beiträge haben zahlreiche Inkohärenzen und Inkongruenzen sowie Lücken im derzeitigen Recht gefährlicher Stoffe und im Umweltproduktrecht offenbart.

Insgesamt scheint es – vorbehaltlich einer intensiveren rechtswissenschaftlichen Analyse – an einem gesamthaften Ansatz im Umweltprodukt- und -stoffrecht zu fehlen. Ein derartiger umfassender, sektorenübergreifender Regulierungsansatz hätte den gesamten Stoff- und Produktzyklus in den Blick zu nehmen (Gerd Winter).

Hieran anknüpfend stellen sich verschiedene, regelungstechnische Fragestellungen: Zunächst ist zu untersuchen, auf welcher **Regelungsebene** ein derartiger gesamthafter Ansatz verfolgt werden sollte. Aufgrund des bereits vorhandenen supranationalen Charakters des Umweltprodukt- und -stoffrechts (REACH etc.) wird insoweit die EG-Ebene vorgeschlagen.

Der bislang fehlende kohärente gesamthafte Regulierungsansatz des Umweltprodukt- und -stoffrechts, der auch durch die REACH-Verordnung nicht wesentlich beseitigt wird, könnte durch eine **EG-Basisverordnung** verfolgt werden. Ein derart grundlegender Rechtsakt böte die Möglichkeit, sich von dem bisherigen additiven Ansatz zu lösen und allgemeine **Grundprinzipien** einer risiko- und technikbasierten sowie dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Rechnung tragenden Regulierung von Produkt- und Stoffrisiken festlegen. Ferner hat ein derartiger Rechtsakt Zielsetzungen, allgemeine Anforderungen an die Produkt-, Stoff- und Abfallsicherheit, an Risikoanalyse und –bewertung, ein umfassendes Informationssystem, eine institutionelle Vereinheitlichung (ggf. unter dem Dach der ECHA) und Ansätze des Vollzugsinstrumentariums zu normieren.

Ein derartiger grundlegender Rechtsakt würde als Basis für das bestehende Produkt- und Abfallrecht, Stoffrecht, Anlagen- und medienbezogene Umweltrecht (Luftreinhaltungs-, Wasser- und Bodenschutzrecht) fungieren. Auf der EG-Ebene fehlt es bislang an einem ausdrücklichen Bodenschutzrecht. Diese Lücke gilt es zu schließen.

Der Vorzug eines derartigen Basis-Rechtsakts ist, dass bestehende bereichsspezifische Regelungen beibehalten und behutsam fortentwickelt werden könnten und darüber hinaus ein Beitrag zur Rechtsvereinheitlichung und -harmonisierung sowie Lückenschließung geleistet würde.

Etwas Vergleichbares hat im Lebensmittel- und Futtermittelbereich durch die EG-Verordnung Nr. 178/2002 stattgefunden. Trotz bereits eines weitgehend gemeinschaftsrechtlich harmonisierten Lebens- und Futtermittelrechts hat die Gemeinschaft, um Lücken zu schließen und Inkohärenzen zu beseitigen sowie die Bewertung von und Reaktion auf Produktrisiken zu vereinheitlichen einen Basis-Rechtsakt erlassen, der die oben genannten Funktionen erfüllt.